

**Information gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung für die Leistungen: Ehefähigkeitszeugnis, Eheschließung, Familienbuch.**

**Vorbemerkung:**

1. Mit einem **Ehefähigkeitszeugnis** wird bescheinigt, dass einer beabsichtigten Eheschließung keine rechtlichen Hindernisse entgegenstehen. Ob ein derartiges Zeugnis benötigt wird, hängt von dem Recht des Landes ab, in dem die Eheschließung erfolgen soll.

2. Bevor Sie heiraten können, müssen Sie die **Eheschließung** anmelden. Früher sagte man dazu auch «das Aufgebot bestellen». Zur Verfahrensbeschleunigung können Sie dem Standesamt sowohl Ihren Wunschtermin für die Eheschließung, als auch die Daten, die für die Prüfung der Ehefähigkeit erforderlich sind, bereits durch eine Voranmeldung übermitteln.

3. Das **Familienbuch** enthält Angaben über die Ehegatten, die Eheschließungsdaten, die Namensführung der Ehegatten, Eltern und Kinder der Ehegatten und über die Beendigung der Ehe. Es darf nicht mit dem Stammbuch der Familie verwechselt werden.

**1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:**

Verbandsgemeindeverwaltung Edenkoben  
Fachbereich 3  
Poststraße 23  
67480 Edenkoben  
Tel. 06323 / 959-120  
[Klaus.Pfaffmann@vg-edenkoben.de](mailto:Klaus.Pfaffmann@vg-edenkoben.de)

**2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:**

Verbandsgemeindeverwaltung Edenkoben  
Herrn Matthias Vogel  
(Datenschutzbeauftragter)  
Poststraße 23  
67480 Edenkoben  
Tel. 06323 / 959-111  
[Matthias.Vogel@vg-edenkoben.de](mailto:Matthias.Vogel@vg-edenkoben.de)

**3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten**

Ihre Daten werden dafür erhoben, um den von Ihnen gestellten Antrag auf Anmeldung einer Eheschließung, Eheschließung selbst, Nachbeurkundung, Nacherfassung, Berichtigung, Religionszugehörigkeit, Auflösung Ehefähigkeitszeugnis zu gewährleisten.

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Satz 1 e), Abs. 3 Satz 1 b) DS-GVO, § 3 LDSG Rlp i.V.m. § 1 PStG und §§ 57-61 PStV erhoben.

**4. Empfängern von personenbezogenen Daten**

Ihre personenbezogenen Daten werden an die Betroffenen weitergegeben.

**5. Dauer der Speicherung**

Ihre Daten werden grundsätzlich 80 Jahre aufbewahrt.

**6. Betroffenenrechte**

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).

b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).

c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.

Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung

der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Wahlbehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).

Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).

## **7. Pflicht zur Angabe der Daten**

Sie sind gem. der jeweiligen Gesetze z.B. § 1 PStG verpflichtet folgende personenbezogene Daten anzugeben: Name, Geburtstag, Geburtsort, Name Standesamt, Registernummern. Ohne Angabe dieser Daten kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden.

## **8. Beschwerderecht**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 5516 Mainz), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.